

Schreiben von Gerhard Schröder an Diplomatische Vertretungen (30. Januar 1963)

Quelle: Akten zur Auswärtigen Politik der Bundesrepublik Deutschland, [s.l.]. Fernschreiben St. S79/63; 30.01.1963, Nr. 63.

LAPPENKÜPER, Ulrich. Die Bundesrepublik Deutschland und Frankreich: Dokumente 1949-1963 [hrsg. von der Historischen Kommission bei der Bayerischen Akademie der Wissenschaften und dem Institut für Zeitgeschichte].

MÖLLER, Horst; HILDEBRAND, Klaus (Hrsg.). Band I: Aussenpolitik und Diplomatie. München: Saur, 1996-1999. 1002 S. ISBN 3-598-23681-6.

Urheberrecht: (c) by K.G. Saur Verlag, München

URL: http://www.cvce.eu/obj/schreiben_von_gerhard_schroder_an_diplomatische_vertretungen_30_januar_1963-de-e7d0d36c-a40b-4c5c-8fea-0debb8d4db1c.html

Publication date: 13/09/2012

Bundesminister des Auswärtigen Schröder an Diplomatische Vertretungen (30. Januar 1963)

Die Konferenz über den Beitritt Großbritanniens zu den Europäischen Gemeinschaften hat gestern ihr vorläufiges Ende gefunden.

1. Auf der Ministertagung vom 17. Januar hatte die französische Delegation beantragt, die Konferenz aus den von dem französischen Staatspräsidenten auf seiner Pressekonferenz vom 14. Januar geltend gemachten Gründen „sine die“ zu vertagen, d.h. abzubrechen. Die fünf anderen Delegationen der Gemeinschaft und die britische Delegation hatten dem widersprochen. Die Erörterungen über die hieraus entstandene Lage war auf die Ministertagung vom 28. und 29. Januar vertagt worden.

Auf der deutsch-französischen Konferenz in Paris vom 21./22. Januar wiederholte die Bundesregierung ihren von jeher eingenommenen Standpunkt, daß sie den Beitritt Großbritanniens aus politischen und wirtschaftlichen Gründen für notwendig und ein baldiges positives Ergebnis der Verhandlungen für möglich halte. Die französische Regierung erhielt ihre ablehnende Meinung aufrecht.

Ungeachtet der sachlichen Meinungsverschiedenheiten zeichnete sich die Aussicht ab, durch eine prozedurale Lösung Zeit für weitere Erförderungen im Kreis der beteiligten Regierungen zu gewinnen. Die deutsche Delegation legte daraufhin auf der Ministertagung der Beitrittskonferenz vom 28. und 29. Januar folgenden Vorschlag vor:

„Die Europäische Kommission wird gebeten, einen Bericht über den gegenwärtigen Stand der Beitrittsverhandlungen zwischen Großbritannien und den sechs Staaten der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft, in dem sie sowohl die bereits erzielten Ergebnisse als auch die noch offenen Fragen darlegt und zu den letzteren Stellung nimmt, innerhalb der nächsten drei Wochen zu erstellen.

Der Bericht wird den sieben an der Konferenz beteiligten Delegationen zugeleitet. Die Konferenz tritt spätestens 10 Tage nach Fertigstellung des Berichts wieder zusammen.“

Dieser Vorschlag beruhte auf der Überlegung, daß es weder den Franzosen zumutbar war, in diesen Tagen ihre These von der Aussichtslosigkeit der Beitrittsverhandlungen aufzugeben, noch den fünf anderen Partnern und den Engländern, jetzt in den Abbruch der Konferenz einzuwilligen. Die Entscheidung hierüber sollte vielmehr ohne jedes Präjudiz für oder gegen einen der Beteiligten bis Ende Februar oder Anfang März aufgeschoben werden, um in der Zwischenzeit nach Auswegen zu suchen.

Während der deutsche Vorschlag von den vier anderen Partnern und der britischen Delegation voll gebilligt wurde und auch die Europäische Kommission sich mit der Übernahme des ihr zugedachten Mandats einverstanden erklärte, lehnte ihn die französische Delegation ab, weil sie keine Stellungnahme der Kommission zu den noch offenen Fragen und keine Weiterleitung des Berichts an die britische Delegation wünschte und vor allem, weil sie gegen die Anberaumung eines weiteren Konferenztermins war. Es ergab sich eindeutig, daß Frankreich das Mandat an die Kommission, gegen das es grundsätzlich nichts einzuwenden hatte, als eine Schlußbilanz, nicht aber als Maßnahme zur Förderung der Konferenz betrachtete und daß es den sofortigen Abbruch der Konferenz erzwingen wollte. Hieran mußten alle unsere Vermittlungsbemühungen, die sich sowohl in der Ministertagung selbst als vor allem in bilateralen Gesprächen, darunter vielstündigen Erörterungen zwischen deutschen und französischen Ministern, abspielten, scheitern.

Es blieb dem Konferenzpräsidenten infolgedessen nichts anderes übrig, als der britischen Delegation „zu seinem großen Leidwesen zu erklären, daß sich die Sechs infolge des Widerspruchs Frankreichs faktisch außerstande sähen, die Besprechung fortzusetzen“. Jede der fünf Delegationen außer Frankreich brachte ihrerseits ihr lebhaftes Bedauern über diese Entwicklung zum Ausdruck. Das gleiche erklärte die britische Delegation.

2. Unser Verhalten war von dem Bestreben absoluter Eindeutigkeit in der Vertretung unserer eingangs

definierten Auffassung bestimmt. Von vielen Seiten war an uns der Wunsch herangetragen worden, auf die französische Delegation mit dem Ziel des Zeitgewinns einzuwirken. Wir haben dies in mit großer Sorgfalt und Geduld geführten, freundschaftlichen Gesprächen getan, ohne jedoch einen Zweifel über unseren materiellen Standpunkt aufkommen zu lassen. Das deutsch-französische Konsultationsabkommen schließt also keineswegs die Billigung der von dem französischen Staatspräsidenten auf einer Pressekonferenz am 14. Januar eingenommenen Haltung ein. Zu entgegenstehenden Interpretationen haben wir bemerkt, daß ein Konsultationsabkommen keineswegs bedeute, der eine habe den Thesen des anderen unbedingt zu folgen, daß es auch unter Freunden erhebliche Meinungsverschiedenheiten geben könne, wie es im Verhältnis zwischen Frankreich und Deutschland sowohl in dieser Frage als bei Verteidigungsproblemen der Fall sei, und wir unsere Aufgabe darin sähen, der französischen Regierung im Rahmen der Konsultation unsere Argumente nahezubringen.

Unsere Argumente sind im wesentlichen die folgenden:

Der Beitritt Großbritanniens ist politisch notwendig, weil das übrige Europa und namentlich wir selbst die britische Zusammenarbeit zur Bewältigung der sich aus dem Ost-West-Gegensatz ergebenden Probleme und der übrigen weltpolitischen Fragen benötigen, d.h. weil wir in einer Orientierung der britischen Politik auf Europa eine Stärkung Europas und der gesamten freien Welt erblicken. Der Beitritt Großbritanniens ist wirtschaftlich notwendig, weil er – zumal in Verbindung mit den Beitritten und Assoziierungen, die in seinem Gefolge stattfinden sollen – zu einer Erweiterung und Stärkung des Gemeinsamen Marktes nach innen und außen und so zu einer praktisch das ganze freie Europa umfassenden Einigung führen wird. Namentlich wir, deren Gesamtexport zu etwa 30% in die Länder der EFTA geht und deren Aktivum in Handels- und Zahlungsbilanz auf dem Handel mit diesem Raum beruht, sind daran interessiert, uns wirtschaftlich von diesen Ländern nicht zu entfernen. Für den Beitritt spricht weiter, daß sich über die Erweiterung der EWG der Weg zu einer atlantischen Partnerschaft auf der Grundlage von Trade Expansion Act abzeichnet.

3. Die französische Delegation befand sich in einer objektiv unhaltbaren Position. Sie konnte die von dem französischen Staatspräsidenten auf seiner Pressekonferenz vorgebrachten politischen Gründe nicht bringen, weil sie sich damit im Gegensatz zu dem unter ihrer Mitwirkung im Oktober 1961 gefaßten Beschluß über die „recevabilité“ (Einlassung) gegenüber dem britischen Beitrittsgesuch gesetzt hätte oder, sobald sie sich auf politische Vorgänge jüngeren Datums berufen hätte, dem Einwand gegenüber gesehen hätte, daß solche Argumente im Vertrag über die europäische Wirtschaftsgemeinschaft keine Stütze fänden. Sie hätte sich noch mehr als ohnehin dem Vorwurf ausgesetzt, den Artikel 237 des Rom-Vertrages und die Präambel des Rom-Vertrages, die die anderen europäischen Staaten zur Mitwirkung an den Aufgaben der Gemeinschaft einladen, zu verletzen. Sie mußte sich daher notgedrungen auf die von dem französischen Staatspräsidenten gebrachten wirtschaftlichen Gründe, die offensichtlich nur Hilfsargumente waren, stützen, sich hierauf aber sagen lassen, daß keines dieser Argumente ernsthafter Prüfung standhalte. Die letzte Stütze hatte ihr die kurz zuvor gehaltene Rede von Vizepräsident Mansholt genommen, in der dieser unter Berufung auf die von ihm im letzten Verhandlungsstadium geleitete Erörterung der landwirtschaftlichen Fragen erklärt hatte, daß bei ausreichender Konzessionsbereitschaft im Rahmen des Rom-Vertrages Kompromißlösungen durchaus gegeben seien. Daß von französischer Seite nur wirtschaftliche Argumente gebracht wurden, darf nicht darüber hinwegtäuschen, daß für die französische Haltung die bekannten politischen Argumente ausschließlich oder weit überwiegend maßgeblich waren.

4. Die vier übrigen Delegationen haben ihre Enttäuschung über die Haltung Frankreichs und das vorläufige Fernbleiben Großbritanniens in nachdrücklicher und teilweise sehr deutlicher Form zum Ausdruck gebracht.

5. Die britische Delegation hat erklärt, trotz des schweren Fehlschlags, der sie treffe, werde die britische Regierung an ihrer bisherigen Europa-Politik festhalten und ihre Bemühungen um den Beitritt zu den Europäischen Gemeinschaften und um eine politische Zusammenarbeit mit den anderen europäischen Staaten fortsetzen.

6. Nach Abschluß der Konferenz fand eine Aussprache zwischen den fünf den Beitritt bejahenden Delegationen und der britischen Delegation statt, die zu dem gemeinsamen Ergebnis führte, es müsse alles unternommen werden, um die durch die Verhandlungen zwischen Großbritannien und den

Gemeinschaftsländern entstandenen Kontakte und Bande nicht abreißen zu lassen. Jede der genannten Regierungen wird in eine intensive Prüfung dieser Frage eintreten. Der Gedankenaustausch soll in etwa zwei Wochen in einer noch festzustellenden Weise fortgesetzt werden. In einem Gespräch, das schließlich zwischen deutschen und britischen Ministern stattfand, kam von englischer Seite noch deutlicher das Bestreben zum Ausdruck, in der Zeit bis zur Vollmitgliedschaft Großbritanniens in den Europäischen Gemeinschaften andere, möglichst enge wirtschaftliche und vor allem politische Verbindungen mit den kontinentalen Ländern zu schaffen.

7. Die Europäischen Gemeinschaften und namentlich die EWG, deren bisherige Entwicklung eigentlich nur Erfolge, darunter über alle Erwartungen hinausgehende Erfolge aufzuweisen hatten, haben einen schweren Fehlschlag erlitten. Nicht nur der Gedanke an die Erweiterung um Großbritannien und einige weitere Länder (Dänemark, Norwegen, Irland) sowie um die Schaffung enger Beziehungen zu fast allen noch verbleibenden europäischen Ländern ist vorläufig gescheitert; auch durch die Gemeinschaften selbst geht gegenwärtig ein Riß. Nur der Zollabbau innerhalb der Gemeinschaft und die Annäherung an den Gemeinsamen Außentarif setzen sich automatisch fort. In allen Fragen jedoch, die unter dem Begriff der Wirtschaftsunion zusammenzufassen sind, ist eine Stagnation oder jedenfalls eine Verzögerung des Integrationsprozesses zu befürchten. Es bedarf erfahrungsgemäß zu jeder wichtigeren Maßnahme der Gemeinschaft eines sich ständig erneuernden politischen Impulses. Das von partikularen Interessen bestimmte Versagen Frankreichs wird aber wohl unvermeidlicherweise seine Rückwirkungen auf die Haltung der anderen Partner haben. Auch der Gedanke der Europäischen Politischen Union ist vorläufig erledigt. Im Verhältnis zur übrigen freien Welt zeichnen sich ernste Gefahren ab.

8. Die künftige Haltung der Bundesregierung ist von folgenden Überlegungen bestimmt:

- a) Der Beitritt Großbritanniens zu den Europäischen Gemeinschaften wird kommen, auch wenn das Datum gegenwärtig unklar ist. Bis dahin muß alles getan werden, Großbritannien auf andere Weise im politischen wie im wirtschaftlichen Bereich so eng wie möglich mit den Ländern der Gemeinschaft zu verbinden.
- b) Der an sich unvermeidliche Rückschlag innerhalb der Gemeinschaft der Sechs muß so weit wie möglich eingedämmt werden. Es darf keine Politik der Ressentiments geben. Wir werden die Probleme, die wir für die Zukunft der Gemeinschaft für wesentlich halten, noch stärker als bisher in den Vordergrund stellen. Dies gilt vor allem für eine liberale Politik der Gemeinschaft gegenüber den sogenannten Drittländern.
- c) Wir halten die deutsch-französische Vereinbarung vom 22. Januar nach wie vor für eines der wesentlichsten Elemente unserer Außenpolitik. Wir betrachten sie als ein Instrument auf der Grundlage gegenseitiger Gleichberechtigung und einen Schritt zu der von uns angestrebten politischen Einigung Europas.

Schröder

[AAPD 1963, Nr. 63]